

Zeitschrift: Bremgarter Neujahrsblätter

Herausgeber: Schodoler-Gesellschaft

Band: - (1960)

Artikel: Die Aufgaben wachsender Gemeinden

Autor: Marti, Hans

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-965195>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 09.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Aufgaben wachsender Gemeinden

VON HANS MARTI

Die jährliche Zunahme von rund 50 000 Einwohnern in der Schweiz stellt nicht nur die größeren Städte, sondern auch ihre Vorortgemeinden vor gewaltige Aufgaben. Jahr für Jahr ist bei uns seit 1945 so viel Wohnraum zu schaffen, wie ihn z. B. die Stadt Biel aufweist. Täglich müssen etwa 45 Wohnungen fertiggestellt werden. Zur Ernährung der Bevölkerung reicht unser Boden schon lange nicht mehr aus; auch als Bauland wurde er knapp und teuer. Vor allem in der Nähe großer Städte erklimmt der Preis solche Höhen, daß es kaum mehr möglich ist, dort wirtschaftlich tragbare Wohnungen zu erstellen.

Täglich müssen wir für die zunehmende arbeitende Bevölkerung rund 60 neue Arbeitsplätze schaffen. Auch diese lassen sich in den Wirtschaftszentren des Landes nur noch schwer verwirklichen. Die Industrie versucht deshalb ihre Produktionszentren aufzulockern. Dies kann beispielsweise bei Basel, Luzern und Zürich schon gut beobachtet werden. Die Industrie sucht billiges, gut erschließbares Land in noch ländlichen Gebieten und baut dort Zweigunternehmungen oder auch neue Betriebe auf. Die neue Fabrik von Brown & Boveri Cie. AG. im Birrfeld bei Brugg ist ein treffendes Beispiel dieser Art.

In den großen Agglomerationen sind die Verkehrsverhältnisse untragbar geworden. Die städtischen Aemter sind kaum mehr

in der Lage, die täglich vier Mal auftretende Verkehrsflut zu meistern. Aus diesem Grunde entschlossen sich die großen Banken, Versicherungsgesellschaften und Handelsfirmen Zürichs, die englische Arbeitszeit einzuführen, d. h. die bisher landesübliche zweistündige Mittagspause abzuschaffen und sie durch die halbstündige zu ersetzen. Diese Tatsache ermöglicht es vielen Angestellten der genannten Firmen, ihren Wohnort weiter entfernt von Zürich zu wählen als bisher. Große Teile der zürcherischen und aargauischen Landschaft werden sich infolgedessen künftig als Wohngebiete eignen.

All diese Erscheinungen lassen darauf schließen, daß Teile unseres Landes, die in der Entwicklung vielleicht etwas zurückgeblieben waren, erschlossen und so vor neue, große Aufgaben gestellt werden. Auch das Reußtal, das bis vor kurzer Zeit — trotz seiner verhältnismäßig günstigen Lage — fast keine Entwicklung zu verzeichnen hatte, ist geeignet, der sich ausdehnenden Industrie und der zunehmenden Bevölkerung Platz anzubieten. Bremgarten als kulturelles und wirtschaftliches Zentrum dieses Tales erfreut sich bereits eines gewissen Zu- zuges. So sehr diese Entwicklung an und für sich zu begrüßen ist, so sehr wird es nötig sein, sie sorgfältig zu beobachten. Die Folgen können die Gemeinden vor große Schwierigkeiten stellen. Einerseits sind es die rein technischen Fragen wie Wasser- beschaffung, Kanalisation, Straßenbau, Schulhausplanung usf., die gelöst werden müssen, anderseits aber werden durch den Zuzug neuer Bewohner bevölkerungspolitische und wirtschaftliche Fragen aufgeworfen, die mit besonderer Sorgfalt zu untersuchen sind. Die technischen Fragen, darüber ist eine langfädige Diskussion hier nicht nötig, lösen sich schrittweise. Die Behörden sind gewohnt, ihre Entscheidungen jeweils rechtzeitig zu treffen, sie bringen sie auch mit den finanziellen Möglichkeiten der Gemeinden in Einklang. Letzten Endes entscheidet der

Stimmbürger über die Ausführung der Projekte. Das Verfahren ist seit Jahren eingespielt, man streitet sich höchstens noch über das Maß, nicht mehr über den Grundsatz. Anders bei den bevölkerungspolitischen und wirtschaftlichen Fragen. Diese treten nicht so offen zu Tage. Zunächst freut sich jedermann über die stattfindende Entwicklung; die Gemeinde wächst, das Baugebiet dehnt sich aus. Flächen, die jahrhundertelang der landwirtschaftlichen Nutzung vorbehalten waren, geraten in die Bauzone. Bauern werden zu Landverkäufern und freuen sich über die steigenden Landpreise. Hier wie überall gilt: *l'appétit vient en mangeant*. Landkäufer und Liegenschaftshändler treten auf, sie bringen Geld und Unruhe mit. Der Bodenpreis, der seit Menschengedenken gleich geblieben war, steigt oft ins Unermeßliche. Ist das nur von Gutem? Diese Frage wagt man kaum zu stellen. Steigende Landpreise bringen steigende Anlagekosten für die Wohnbauten und ziehen folglich auch steigende Mietzinsen nach sich. Der Boden sei teuer geworden, so wird argumentiert, man müsse möglichst viel darauf bauen. Zwei Geschosse genügen bald nicht mehr, drei, vier, ja fünf und mehr werden verlangt. Wo früher Einfamilienhäuser am Platze waren, seien plötzlich Blöcke richtig. Mit steigender Wohnungszahl pro Haus sinkt auch die Qualität derselben und schließlich sinkt auch die Qualität der Mieterschaft. Diejenigen Bürger, die sich noch ihr Einfamilienhäuschen sozusagen als Sparhafen bauen würden, können sich das wegen der Landpreise nicht mehr leisten. Sie werden an den Rand der Siedlungen verdrängt oder müssen auf den Bau ihres Eigenheims verzichten. Und dabei wäre doch die Gemeinde gerade über sie so froh, weil sie seßhaft würden!

Die steigenden Anlagekosten haben eine weitere Folge, die uns vom Gesichtspunkt der Volkswirtschaft zu denken geben muß. Die Mieter haben die hohen Mietzinsen zu bezahlen, darüber

herrscht kein Zweifel. Volkswirtschaftlich gesund und tragbar ist es, wenn höchstens ein Fünftel des Einkommens für die Miete aufgebracht werden muß. Verschiebt sich das Verhältnis zu Ungunsten der Miete, so werden über kurz oder lang Lohnforderungen zu erwarten sein, die von der Wirtschaft zu tragen sind. Das kommt schließlich einer Entwertung unserer Währung gleich. Aus diesem Grund ist die übertriebene Bodenpreisseigerung als äußerst gefährlich zu bezeichnen.

Die Tendenz, Mehrfamilienhäuser zu bauen, kann nicht mit dem einfachen Schlagwort übler Spekulation abgetan werden. Die Notwendigkeit, das Bauland in höherem nationalen Interesse besser auszunützen, besteht zweifelsohne. Die Landverschleuderung, der man vielfach begegnet, ist ein Raubbau am kostbarsten Gut unserer Heimat. Diese Ueberlegungen zwingen uns, nicht nur die negativen Seiten der Mehrfamilienhäuser zu sehen. Die Gemeinden sind sich in der Regel auch bewußt, daß es nicht möglich und auch nicht richtig wäre, alles Land nur für Einfamilienhäuser zu reservieren. Mit den rechtlichen Mitteln von Bauordnung und Zonenplan werden unterschiedliche Gebiete festgelegt, solche für den Bau von Einfamilienhäusern und andere für Mehrfamilienhäuser. Nun ist es aber mit diesen Schritten leider nicht getan. Während wir beim Bau der Kleinhäuser möglichst große Freiheit anstreben dürfen, sollten wir den Mehrfamilienhausbebauungen größere Aufmerksamkeit schenken. Wenn im volkswirtschaftlichen Interesse von billigen Wohnungen die Rede ist, so sollten diese nicht «billig» in der doppelten Bedeutung des Wortes werden oder gar, wie man sie leider oft antrifft, teuer und schlecht. Weisen die Wohnungen die geforderten Qualitäten nicht auf und sind die Bewohner wegen der Wohnungsnot gezwungen, sie zu beziehen, so zeigen sich mit der Zeit höchst unliebsame Folgen, die sich nicht nur für die Hausbesitzer, sondern auch für die Gemeinden sehr nachteilig

auswirken. Man kennt Quartiere mit mangelhaften Wohnungen, bei denen Zu- und Wegzüge zur Tagesordnung gehören, man kennt auch Häuser mit ungenügenden Schall- und Wärmeisolationen, schlechter Besonnung der Wohnungen und fehlender Querlüftung, die die Gefahr der Verwahrlosung in sich tragen. Die Bewilligungsbehörden sind daher verpflichtet, Projekte für den Bau von größeren Mehrfamilienhäusern oder gar Quartieren mit Blockbauten besonders streng zu prüfen.

In wirtschaftlicher Hinsicht werden die wachsenden Gemeinden rechtzeitig versuchen müssen, selbständig zu bleiben. Sie werden vorab bestrebt sein, industrielle oder gewerbliche Unternehmungen anzusiedeln, Unternehmungen, die Arbeitsplätze anbieten und mithelfen, die Last zu tragen. Diese Ueberlegungen werden von den Behörden in der Regel schon früh angestellt. Was nützt es aber, wenn die Gemeinden kein geeignetes Industrieland anbieten können und wenn die Preise des Privatlandes so in die Höhe schnellen, daß es sich die Industriellen überhaupt nicht mehr leisten können, auf dem teuren Boden zu bauen? Hier hilft nur eine weitsichtige und aufgeschlossene Landpolitik der Gemeinden, die für das Wohl ihrer Bürger verantwortlich sind.